

... und wir rufen „Tooor!“

Besteuerung von Tech-Giganten: „Ein historischer Schritt“, FR-Wirtschaft v. 7. Juni

Alles ist relativ – der Wert der Arbeit oder des Geldes! Als freie Bürger und Wahlberechtigte von „Volksvertretern“ müssen wir wohl nicht alles hinnehmen, was uns durch Kenntnis aller zugetragenen Informationen aus Medien, Mündern oder Internet zum Staunen oder bis zur Weißglut ärgert. So ist es auch ohne Zweifel für die von unterschiedlichem Lebenserhalt betroffenen acht Milliarden Erdenbewohner schwierig, auf künftige soziale Gerechtigkeit zu hoffen. Jetzt erst wird bekannt, dass die größten Geldscheffler auf dem Globus schon vor drei Jahren dem amerikanischen Fiskus keine oder höchstens eins-Komma Prozent Einkommensteuer zahlten. Das ist „die hässliche Fratze des Turbokapitalismus“, von der Milliardäre wie Bezos, Soros, Zuckerberg, Musk, Bloomberg und Buffet profitieren.

Auch geringer Verdienende wie z.B. VW-Winterkorn-Manipulateur kommen nun mit einem geringen Teil ihrer weit übermäßigen Einkommensbemessung davon. Cum-ex, Wirecard und der mit Volks- und Aktienvermögen Casino spielende Bayer-Chef Baumann sind in diesem System rücksichtslos unterwegs. Kleinere Summen erhalten unsere Nationalspieler der pankontinentalen Fußballmeisterschaft.

Ich habe alle DFB-Präsidenten seit Kriegsende erlebt und auch die Nationaltrainer. Herberger – in Regenmantel und Hut verteidigte er seinen Schützling Helmut Haller gegen unsachgemäße Reporterhetze nach Verletzung. Helmut Schön drückte beim Malente-Aufstand seiner Auswahl die Augen des Erfolgs wegen zu. Aber heute verspricht der DFB für einen EM-Titel jedem der Auswahlspieler eine knappe Mio. Euro. Alle haben pro Jahr mindestens fünf Millionen Einkommen – plus Kost, Logis, Reisen, Gesundheitsmaßnahmen und eklatante Sponsorenzusatzehkommen. Wir Betrachter zahlen gerne, kaufen überbeuerte Nylon-Trikots und rufen „Tooor!“

Walter Schinski, Buseck

Gut für Herz und Lunge

Europalette: „Christian Erikson“, FR-Sport vom 18. Juni

Die Lektüre des folgenden Textes hat mir den Morgen versüßt: Erikson einen „Schrottmacher“ zu implementieren, einfach großartig! So viele lustige Fehler in so wenigen Worten. Vielleicht können Sie zukünftig jeden Tag so einen netten Fauxpas einbauen, denn Lachen ist erwiesenermaßen gesund, insbesondere für Lunge und Herz, und kann helfen, so manche Herzattacke zu verhindern.

Ich hoffe natürlich für Herrn Erikson sehr, dass ihm kein Schrott implantiert wurde und er seine Karriere auf dem Platz fortsetzen kann.

Marcus Metternich, Heusenstamm

Eine alte Idee, die nie originell war, wird als Reform verkauft

Rente mit 68: „Ideen für eine Reform“ und „Rente mit 68 Jahren?“, FR-Meinung vom 7. Juni und -Wirtschaft vom 15. Juni

Es geht um nichts anderes als um Sozialabbau

Es ist interessant, was alles mit dem Begriff „wissenschaftlich“ belegt wird, etwa der „Wissenschaftliche“ Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium. Denn mit Wissenschaft hat das vorgelegte Gutachten nichts zu tun, sondern nur mit Ideologie und Sozialabbau.

Die zentrale Aussage lautet, dass „die Menschen“ in Deutschland älter werden und deshalb sollten sie länger arbeiten. Aber es werden nicht „die Menschen“ alle gleichermaßen älter. Wie jeder gute Sozialwissenschaftler weiß, hängt die Lebenserwartung von der sozialen Lage ab: Wer arm ist, ist häufiger krank und stirbt früher. Bereits 2019 (das hätten die „Experten“ zur Kenntnis nehmen können) hat der DGB eine Studie veröffentlicht mit dem kaum überraschenden Ergebnis, dass z.B. Männer, die in körperlich belastenden Berufen gearbeitet haben, ein deutlich geringeres Rentenalter erreichen als Männer, die in wenig belastenden Berufen gearbeitet haben. Die Unterschiede betragen mehrere Jahre. Also: Wessen Lebenserwartung wird in der Studie berücksichtigt – die von Menschen aus der Landwirtschaft oder aus Dienstleistungsberufen (sechs Jahre Unterschied)? Sicher finden es die Experten (übrigens alles Männer) in Ordnung, demnächst von 68-jährigen Rettungsanleitern wiederbelebt zu werden oder von 69-jährigen Feuerwehrleuten aus Flammen gerettet zu werden? Nein, doch nicht, denn wer in solchem Alter nicht mehr arbeiten kann, darf natürlich netterweise auch früher aufhören. Bei gekürzter Rente. Es geht also um Sozialabbau.

Und die Ideologie? Abgesehen davon, dass es immer seltsam ist, wenn sich verbeamtete Professoren (höheres Lebensalter, hohes Altersruhegeld) zu Sozialpolitik äußern: In den Pressemeldungen stand nichts davon, dass man die Einnahmenseite der Rentenversicherung verbessern könnte, z. B. durch die Abschaffung der unsozialen Beitragsbemessungsgrenze, den Einbezug aller Einkommensarten und der Beamten ins Rentensystem; aber dann wären die Professoren be-



Beim Blick auf die Zukunft der Rente kommt es wohl auch auf die Brille an, die man dabei trägt.

AFP

troffen, deshalb geht so etwas Einfaches und Logisches nicht. – Ein Gutachten? Ein Schlechtachten! Manfred Schulz, Herford

Der Wissenschaftliche Beirat argumentiert recht mutlos

Seit Jahrzehnten wird über Reformen der gesetzlichen Rente diskutiert. Wenn man Tobias Peter glaubt, ist die Lösung des Problems relativ einfach: das Rentenalter weiter erhöhen, an die steigende Lebenserwartung gekoppelt. Das „Neue“ daran ist der Name und vor allem die Automatik, dass die jeweilige Generation schon jetzt berechnen kann, dass die sie dann eben bis 70 oder 80 arbeiten müssen, um eine Rente zu erhalten, die in der Höhe natürlich eher sinken wird, weil „schockartig steigende Finanzierungsprobleme“ drohen. Das Ganze „skizziert“ eine Lösung, die es „der Politik künftig erheblich leichter machen könnte“. Ich dachte eigentlich, dass es bei einer „Reform“ darum gehen

müsste, es den Betroffenen leichter zu machen. Jetzt habe ich mit Hilfe von Peter begriffen, dass es wohl nicht um künftige Rentner geht, sondern um Politiker, die Angst vor den Wählern haben.

Der Wissenschaftliche Beirat hat nicht den Mut gehabt, die eigentlichen Notwendigkeiten aufzuzeigen. Mit keinem Wort wird auf existierende Vorschläge von Parteien, Gewerkschaften und Sozialverbänden eingegangen und begründet, warum diese Vorschläge nicht geeignet sind, die Rente zum Vorteil der Betroffenen zu reformieren. Hier wird eine alte Idee, die schon in der Vergangenheit keine Reform war, neu aufgewärmt und mit einem neuen Namen als Lösung verkauft. Das ist kein Reformansatz, sondern das Übliche aus der Vergangenheit: Rentenkürzung aufgrund erhöhter Lebensarbeitszeit, Absenkung des Rentenniveaus, falls die „Reform“ schiefliegt, keine wirkliche Systemveränderung durch Erhöhung der Anzahl der Beitragszahler usw.

Das alles als „mutigen“ Vorschlag zu verkaufen, wird diesem Thema mit Sicherheit nicht gerecht.

Jürgen Brunauer, Ladenburg

Alternative Lösungen sind politisch nicht erwünscht

„Länger arbeiten“ titelt die FR anlässlich eines Vorschlags des Wissenschaftlichen Beirats beim Wirtschaftsministerium, und FR-Kommentator Tobias Peter findet die Idee „so einfach wie überzeugend“. Dabei war schon die Rente mit 67 lediglich eine Rentenkürzung, da viele Betroffene lieber früher mit Abschlägen in Rente gingen, als bis zum Umfallen durchzuhalten.

Wenn zehn Babyboomer in Rente gehen und nur fünf Jüngere das Ausbildungssystem abschließen, sind drei Szenarien denkbar.

1. Fehlende Arbeitskräfte werden durch Produktivitätssteigerungen ersetzt. Höhere Beitragssätze wie in der Schweiz und Österreich wären dann auch bei gleichzeitig steigenden Nettolöhnen möglich. Der Produktivitätsfortschritt müsste nur gerecht verteilt werden, was politisch wohl nicht gewollt ist.

2. Die vakanten Arbeitsplätze könnten durch Zuwanderer besetzt werden, was politisch, AfD und Seehofer sei es gedankt, erst recht unerwünscht ist. Altmaiers Wissenschaftler hätten ja auch Bemühungen um eine verstärkte Zuwanderung zur Lösung des Problems fordern können.

3. Durch eine langjährige Wirtschaftskrise bricht die gesamtwirtschaftliche Nachfrage ein und die frei gewordenen Arbeitsplätze werden nicht mehr benötigt. Dann hat natürlich, neben anderen, das Sozialsystem ein Problem: Es droht zusammenzubrechen. Dann wäre aber die Wirtschaftskrise und nicht die Demografie das Problem. Letztere verschiebt nur das Problem von der Arbeitslosen- zur Rentenversicherung, verschärft damit allerdings die Lage, da die deutschen Minirenten immer noch höher als das ALG sind.

Fazit: Der demografische Wandel bedingt mitnichten längere Arbeitszeiten. Alternativen sind möglich, sie müssen nur politisch erwünscht sein.

Richard Ullmer, Frankfurt

Die Wirtschaft will keine verbindlichen Regelungen

Lieferkettengesetz: „Nie wieder Rana Plaza“ und „Nur ein erster Meilenstein“, FR-Wirtschaft und -Meinung vom 12. Juni

Ein sehr trauriges Kapitel unserer „sozialen“ Marktwirtschaft mit ihren mächtigen Vertretern in Arbeitgeberverbänden und Politik nimmt seinen unrühmlichen Lauf: das „Lieferkettengesetz“. Wir wissen seit Jahrzehnten, dass unsere Konsumgüter meist in Billiglohnländern des globalen Südens produziert werden. Oft wird keine Rücksicht auf Menschenrechte und Umweltschutz genommen. Hauptsache „billig“. 2011 wurden die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte mit konkreten An-

forderungen an Unternehmen zur Einhaltung ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht verabschiedet. Während Länder wie Frankreich dies in einem Gesetz geregelt haben, wehrt sich die deutsche Wirtschaft vehement gegen verbindliche Regelungen. Unterstützt wird sie tatkräftig von Wirtschaftsminister Altmaier. Die mehr als 100 zivilgesellschaftlichen Organisationen, die für ein wirksames Lieferkettengesetz eintreten, ignoriert er genauso wie die Tatsache, dass etwa 75 Prozent der Bürger ein solches

Gesetz befürworten. Nun endlich, nach jahrelangem Gezerre, wurde ein weichgespültes Gesetz verabschiedet. Am „Welttag gegen Kinderarbeit“ wurde offenbar, was diese Politik des „Profit vor Menschenrecht und Umwelt“ bewirkt: Nach Schätzung der ILO müssten 2020 rund 152 Millionen Kinder zwischen fünf und sieben Jahren unter menschenunwürdigen Bedingungen arbeiten. In Indien graben schon Vierjährige für etwa 1,10 Euro am Tag nach „Mica-Mineralen“, für Glanz und Glimmer z.B. in unseren

Kosmetika. In Brasilien vertreiben und töten illegale Goldsucher die im Regenwald lebenden Indigenen, unterstützt von Präsident Bolsonaro und finanzkräftigen Investoren. Das alles könnte mit einem strafbewehrten Lieferkettengesetz erschwert, wenn auch nicht zu 100 Prozent verhindert werden. Aber daran haben Altmaier und die Wirtschaft kein Interesse. Diese Haltung ist verwerflich und ein Beispiel für unser außer Kontrolle geratenes, unmenschliches Wirtschaftssystem. Dieter Murmann, Dietzenbach